

Die Gewerkschaft

**Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter**

Redaktion u. Expedition: Berlin SO.16
Verkaufener Straße 15 (Redakteur E. Dittmer)
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz 3105/06

**Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Pflasterbetriebe sein!**

Erscheint wöchentlich Freitags
 Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post
 (einschließlich Bestellgeld) 6 Mf.

Die gleitende Lohnskala.

Die Regelung der Löhne nach dem System der gleitenden Lohnstala wird immer wieder Gegenstand der Erörterungen, namentlich in volkswirtschaftlich gerichteten Kreisen. Neuerdings hat auch der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns öffentlich in der „Gewerkschaft“ dazu Stellung genommen. Dr. Brauns befürwortet die gleitende Lohnstala, freilich mit der Einschränkung, daß eine automatische Anwendung dieses Lohnsystems durch das System einer kurzfristigen Schiedsgerichtlichen

...verbessert werden müsse.
...den Erörterungen über das Lohn-
...nach der geltenden Skala nehmen An-
...der Hauptplache die volkswirtschaftlich
...adematischen Kreise. Die Haupt-
...fester, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer,
...Zurückhaltung.

der Praxis ist über dieses Lohnsystem
hervorgehoben zu werden. In dieses Lohn-
system haben sich, soweit bekannt, nur drei
Orte, und zwar Breslau, Hensburg,
Wien, eine Regelung für Gemeindearbeiter 1912/20,
Breslau, Lohnregelung für Gemeinde-
arbeiter 1920, herangezogen. In Hensburg
ist das Entgelt, soweit Mitteilungen
vorliegen, gut bemessen, wogegen
in Breslau dieses Entgelt sich nicht lange
halten vermocht hat. Auch die Stadt
von Königsberg i. Pr. hatte für die Lohn-
regelung der Gemeindearbeiter 1920 eine An-
leihe diesem Entgelt gemacht, indem tarif-
verhandelt worden war, daß vierteljährlich
Nachprüfung der Löhne zu erfolgen habe.
Die Privatindustrie find Fälle regelrechter
Entwicklung dieses Lohnsystems nicht weiter

— In sehr eingehender Weise haben Stadtbaurat Stauder sowie Reichsgerichtsrat A. Zeller, Leipzig das System des gleitenden Lohnskala mit reichem graphischen Tabellen, wie auch Material behandelt. Von beiden wird die gleitende Lohnskala beantwortet.

Zur Befriederung verdienen die Darlegungen des Stadt-
Rats. Er vertritt den Standpunkt, daß 50—70 Proz.
Lohnsumme für eine Familie mit zwei Kindern von vorn-
her den Ernährungsaufwand als Grundlage bei der Fest-
setzung der Lohnhöhen festzuhalten sind. Die 70 Proz. bildet
die obere Schranke, die 50 Proz. die Mindestgrenze. Unter-
halb glaubt Stadte vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Stand-
punkte nicht gehen zu sollen. Diese Auffassung muß bei Ver-
rechnung des aufgewandten Prozentsatzes für den Ernährungsbedarf
der Arbeiter, wie 40, 35, ja noch weniger in Frage kommen.
Nur hinsichtlich der Qualität ist ganz erheblich die Hausmannskost
für die Arbeiterfamilie überstrifft, Widerspruch auslösen. Weniger
ist der absteigende Gradmesser für die Lohnhöhe be-
merkbar. Als Nullpunkt der Lohnhöhe wie der Feuer-
lohn will jeder den Stand Anfang des Monats Vor-
gehen lassen. Jeder geht bei seinen Betrachtungen vor.

den Beamtengehältern aus und schiebt dabei stark den so genannten Familienlohn in den Vordergrund. Dadurch, daß Ziffer 1 die gegenwärtige Lohnform der Beamten unbesehen übernimmt, wobei er freilich den untersten Lohnstufen bei der Steigerung wie bei der Abk. Abbau besondere Vergünstigung bzw. Schonung angedeihen lassen will, vermag sein etwas kompliziert erdachtes System für unsere gesamte Volkswirtschaft geringere Bedeutung besitzen. Als Ausweg aus entstellenden Meinungsverschiedenheiten schlägt Zeiser gleich dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, das Schlichtungsgesetz fahren vor. — Das System der gleitenden Lohnskala wird die Ar-

Groß und frei sind die Berge.

Groß und frei sind die Berge,
Herrlich von Gipfeln gekrönt,
Quellen strömen zur Tiefe,
Die sich nach Licht gesehnt.

Groß und frei sind die Berge,
Klare Linien im Licht —
Menschen, hört ihr die Stimmen
Die euch da rufen, nicht?

Stelgt nur in segnender Stund
Stille Pfade hinan,
Daf ihr wie Berge werdet,
Die sich euch aufrichten.

Schüttelt Lasten und Bürden
Einmal vom Herzen frey;
Daß euch Großes und Kleines
Freund und Bruder sei.

Karl Cange, a „Alpine Welt

Dieser in Sperrdruck wiedergegebene Satz zwingt zu der Frage: Wer entscheidet über die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Arbeitgeber bei der wirtschaftlichen Möglichkeit jeder Zeit und jedesmal mit anderen Argumenten. Einmal ist es die inländische Konkurrenz, das andere Mal die ausländische Konkurrenz, dann Betriebsverweiterungen, die zwingende Notwendigkeit ausreichender Rücklagen, Dividendenausschüttung aus börsenspekulationen Gründen u. a. m. Die Entscheidung über wirtschaftliche Möglichkeiten der Arbeitgeber zu überlassen, wäre ein unfruchtbares Beginnen. Auf geistlichem Wege, durch staatlichen Zwang, sind brauchbare Unterlagen für die Feststellung der wirtschaftlichen Möglichkeit schwerlich zu gewinnen, weil das Unternehmertum durch allerlei börsen- und banktechnische Kniffe den Nachweis wirtschaftlicher Möglichkeit für Steigerung der Löhne nur allzu leicht hinterziehen kann und e-
ten wird.

Es bleibt also der Arbeiterschaft die Aufgabe der Führung der Nachweise der wirtschaftlichen Möglichkeit überlassen. Aber nicht allein auf die Möglichkeit, sondern auf die wirtschaftliche Notwendigkeit kommt es an. Die wirtschaftliche Notwendigkeit aus reichender Lohnzahlung liegt im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, bildet aber für die Arbeitgeber einen relativen, für die

Arbeitnehmer dagegen einen absoluten Begriff. Das alte Sprichwort: „Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt“, ist heute zu variieren dahingehend: „Hat der Arbeiter Geld, so hat's die ganze Welt!“

Bei den Gemeindeverwaltungen, wo durch die Steuererhebung die Einnahmen stark eingeschränkt, dagegen die Ausgaben infolge des Krieges gewaltig gestiegen sind, ist es den Vertretern der Gemeinden überaus leicht, die wirtschaftliche Unmöglichkeit höherer Lohnzahlung nachzuweisen. Bei den Reichs- wie Staatsbehörden sieht es nicht anders aus. Nach Abgabe der wirtschaftlichen Möglichkeit wären Lohnerhöhungen für die bei den Gemeindeverwaltungen beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten schon längst nicht gegeben. Die „wirtschaftliche Möglichkeit“ ist ein überaus dehnbarer, faustschüttelbarer Begriff, mit dessen Anwendung jede noch so berechtigte Lohnforderung der Arbeiter begründeterweise abgelehnt werden kann. Das Ziel, das Staube jeder Lohnregelung setzt, nämlich „die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter“, wird mittels der Formel der „wirtschaftlichen Möglichkeit“ niemals zu erreichen sein. Die äußerste Grenze für Ausgaben für den Ernährungsaufwand einer Familie mit zwei Kindern berechnet Staube mit 70 Proz. des Lohnes; ferner, als Mindestgrenze, entsprechend der Lebensverhältnisse der Jahre 1913/14, auf 50 Proz. des Einkommens. Dabei ist ein Einkommen von 29,30 Mf. wöchentlich oder 1523,60 Mf. zugrunde gelegt. Die Volksschichten mit höherem Einkommen (3000 Mf. und darüber) haben in der Vorkriegszeit weit geringeren prozentualen Anteil an Ausgaben für den Lebensmittelaufwand zu machen brauchen, da sinken die Ziffern herab bis auf 35 und 30 Proz. des Einkommens. Die 50 Proz. des Einkommens als Ernährungsaufwand können nicht als Normalgrenze aufgestellt werden, denn das würde bedeuten, die Arbeiterschaft im ewigen Frontdienst des Kapitals belassen zu wollen. Die Wirtschaftskraft des deutschen Volkes war 1913/14 zweifellos so stark, daß ein höherer Lohn und damit Senkung des Ernährungsaufwandes wesentlich unter 50 Proz. volkswirtschaftlich zu tragen gewesen ist. Auf Kosten der niedrigen Lebenshaltung der Arbeiterschaft hat das deutsche Kapital Riesengewinne gemacht, ist es überwältigend geworden. Die von Staube gebrachte graphische Entwicklung der Löhne von 1854 an beweist nur zu deutlich, wie nach kapitalistischen Gesetzen die Lohngestaltung sich vollzog. Der Käufer der Ware Arbeitskraft sucht auf dem Arbeitsmarkt, wo Angebot und Nachfrage die Preishöhe bestimmt, sich die vorteilhaftesten Kaufbedingungen zu sichern, und das ohne Rücksicht darauf, daß eine wirtschaftliche Möglichkeit des Unternehmens, in dessen Dienst die Ware Arbeitskraft gestellt werden soll, ohne Schaden für den Besitzer des Unternehmens einen höheren Preis für die Ware Arbeitskraft, d. h. höheren Lohn, zuläßt. Das System der Lohnarbeit widerspricht sozialen Anschauungen auf Arbeitgeberseite, gewöhnt den Arbeiter an rückwärtslose Ausbeutung seiner Arbeitskraft im Dienste und Interesse seines Arbeitgebers. Diese mit der kapitalistischen Lohnarbeit gewordenen Anschauungen beherrschen beide Teile in diametraler Richtung. Das Grundgesetz kapitalistischer Lohnpolitik widerspricht einer sozialen Lohnpolitik. Darüber muß man sich klar sein bei Versuchen mit Einführung eines sozialen Lohnsystems. Hier drängt sich die Frage auf: Kann ein Lohnsystem nach der gleitenden Lohnskala als ein soziales Lohnsystem angesehen werden? Keineswegs muß die Antwort bejahend darauf lauten. Mit Erfolg das gleitende Lohnsystem durchgeführt, würde es den einzigen Zweck erfüllen, die Volkswirtschaft vor wirtschaftlichen Störungen, die oft katastrophale Folgen zeitigen, die gesamte Volkswirtschaft und damit den einzelnen Staatsbürger schwer schädigen kann, zu bewahren. Die Anhänger des gleitenden Lohnsystems werden das letztere mit vollem Recht als einen überaus hohen volkswirtschaftlichen Gewinn ansprechen. Theoretisch vollkommen richtig, praktisch schwer durchführbar, weil die Grundlage für dieses Lohnsystem jeder naturnotwendigen Gesetzmäßigkeit zunächst völlig entbehrt.

Soll die Arbeiterschaft sich mit einem Lohnsystem befrenden, das ihr einen bestimmten prozentualen Anteil vom Lohne für den Ernährungsaufwand gewährleistet, dann ist dazu Vorbedingung, daß der Unternehmer sich gleichfalls mit einer bestimmten prozentualen Gewinnquote des Unternehmens zufrieden geben muß. Nur allein auf diesem Wege wäre es möglich, eine Grundlage zur Einführung des gleitenden Lohnsystems zu finden. Jeder andere Weg, am meisten derjenige, der der Arbeiterschaft einseitig einen prozentualen Ernährungsaufwand, der in seiner absoluten Größe schwer feststellbar ist, vom Lohnesinkommen gewährt, führt in die Irre, wird auf die Dauer unhaltbar. Inwiefern das Unternehmertum bereit ist, sich mit einem zu vereinbarenden Gewinnanteil des Unternehmens, nach Abzug aller zum wirtschaftlichen Produktionsprozeß erforderlichen Rücklagen, zufrieden zu geben, ist nirgends erkennbar. Wahrscheinlich ist, daß das Unternehmertum glattweg ein solches An-

nehmen ablehnen wird, und das auf Grund der Anschauung, daß der Kapitalist das Recht hat, den Produktionsmittel das ausschließliche Verfügungsrecht über den erzielten Gewinn zu besitzen.

Zweifellos ist das Streben ernstlicher Volkswirtschaftler zu begreifen, das darauf gerichtet ist, unseren kranken Wirtschaftskörper zu heilen, das katastrophalen Charakter, zu beschränken, womöglich ganz zu verhindern. Das gleitende Lohnsystem als ein brauchbares Mittel dafür anzuprehen, erscheint mir zunächst verfehlt, sozial verwerflich, die diesem Lohnsystem beigegebenen Begründungen verwerflich.

Unter der gegenwärtigen privatkapitalistischen Wirtschaft auf die auch notwendigerweise unsere Reichs-, Staats- wie Gemeindeverwaltungen eingestellt sind, vollzieht sich auf Grund der Wirtschaftsweise eigenen Gesetzmäßigkeit die Angleichung der Löhne an die Teuerungssteigerung, wobei freilich bei sprunghafter Teuerungssteigerung die Lohnanpassung oft recht weit nachhinkt. In normaler Entwicklung vollzieht es sich mehr automatisch, mit weniger konfliktuellen Zwischenfällen oder gar katastrophalen Erscheinungen.

Die graphischen Darstellungen des Stadtbaurats Staube dafür ein überaus anschauliches und lehrreiches Bild. Sie zeigen aber auch, wie erst die allerdringendste Not die Arbeiter zu letzten Kampfmitteln, dem Streik, zwingt. Nach Staubes Angaben die Arbeiterfamilie mit zwei Kindern für den Ernährungsaufwand vom Lohnesinkommen im Jahre 1913 52,5 Proz., 1914 54,8 Proz., 1915 71,7 Proz., 1916 94,8 Proz., 1917 85,1 Proz., 1918 63,2 Proz., 1919 65,2 Proz. aus und im Jahre 1920 stieg der prozentuale Anteil von 64,4 Proz. Im Januar bis auf 92,1 Proz. Im Monat Dezember dieses Jahres. Der Durchschnittsatz betrug 79 Proz. Diese Zahlen beweisen nur zu deutlich die völlig unzulängliche Entlohnung der Arbeiterschaft, mehr als Worte es vermögen. Diese Zahlen zeigen auch nur zu deutlich die Ursachen der Streiks und der dadurch hervorgerufenen wirtschaftlichen Erschütterungen. Dabei kommt hinzu mit politischen Motiven ganz in Abzug gebracht werden. Die gerechterweise zugestanden werden, daß selbst diese politischen Motive in wirtschaftlichen Bedingungen wurzeln.

Die gleitende Lohnskala, gestützt oder verbessert durch ein fristiges Schlichtungsgesetz, wirkt im ersten Augenblick etwas störend und erweckt den Eindruck eines brauchbaren Mittels, die Streitigkeiten glatter, unter Vermeidung jeglicher Streiks, abzuwickeln. Es ist zuzugestehen, daß diese Gründe, namentlich das Verlangen unserer überaus kranken Wirtschaftskörper vor weiteren Erschütterungen durch Lohnstreiks zu bewahren und dadurch eine gewisse Befriedung entgegenzuführen, überaus stark die Meinung zugunsten der gleitenden Lohnskala zu beeinflussen vermag.

Das gegenwärtige Lohnsystem ist ein unmoralisches Bestandteil unserer ganzen gegenwärtigen Wirtschaftsweise. Der Lohn bildet neben Rohstoffen, Vertriebskosten und Unternehmerrisikoa einen untrennbaren Bestandteil des Warenpreises. Der Unternehmer aber wird unter Wahrung möglichst hohen Unternehmensgewinns meist ganz unabhängig von der Lohnhöhe vom Verkäufer der Ware festgelegt. Soll also eine durchgreifende, im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse liegende Um- oder Neugestaltung unseres Lohnsystems Erfolg haben und das in der Richtung, als es von den fürwörter der gleitenden Lohnskala angestrebt wird, auszuwirken, muß nicht nur die amtlich errechnete Teuerungssteigerung und ein sozial prozentiges Existenzminimum als Grundlage der Lohnbemessung dienen, sondern in erster Linie der Produktions- und Verkaufspreis der Ware in den Kreis der Berechnungen gezogen werden. Erst auf solcher Grundlage kann Lohnanteil, Unternehmensgewinn als auch der Warenpreis unter Berücksichtigung der gesunden und wirtschaftlichen Führung des Produktionsprozesses heischenden Produktionskosten in ein dem Volkswirtschaftler angemessenes Verhältnis gebracht werden. Solange aber die Festlegung des Lohnes dem Spiel der freien Kräfte überlassen wird, kann auch eine gleitende Lohnskala weder eine gerechte, noch volkswirtschaftlichen Verhältnissen angepasste Lohngestaltung herbeiführen und ist unter solchen Umständen geeignet, das Gegenteil zu zeitigen, die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft zu hemmen.

Es ist gar keine Frage, eine Wirtschaftsweise mit einem Lohnsystem, die die Volkswirtschaft fortwährend in den Streikzuständen als Folge fabelhafter Teuerungssteigerungen aufrechterhält, ist in ihrem innersten Kern ungesund. Daran ändern sich nichts, mildern auch die Folgen des verlorenen Krieges mit dem Versailler Friedensvertrag nichts. Dadurch wird nur das ungesunde kapitalistische Wirtschaftssystem in bengalische Fieberhölle getrieben. Mit der Veränderung unseres Wirtschaftssystems tritt automatisch eine Veränderung unseres Lohnsystems ein.

andere Berufsstände, andere Arbeitssphären mindestens ebenso sehr wie die Berliner Herren vom Gas, vom Wasser, von der Elektrizität und vom Verkehrsdienst, aber nur die Bevorzugten können jedem ihrer Wünsche durch Terrorisierung einer ganzen Bevölkerung Nachdruck verleihen und machen, ohne moralische Hemmungen, aus der Erpressung eine Spezialität. Es ist eine hübsche Sorte von Menschenfreunden, die tatsächlich durch eine, nicht einmal angeknippte, Todeslegung Unsauberkeit und Ecken herausbekümmert und die Gefährdung oder den Tod von Männern, Frauen und Kindern verschuldet, indem sie in Krankenzimmern und Operationsälen das Licht erlöschen läßt. Will man nicht — zur Ergänzung der jetzt schon bestehenden strafrechtlichen Mittel — ein Gesetz einbringen, das für so verursachte verbrecherische Vernichtung von Menschenleben die Streikführer verantwortlich macht? Oder soll ein Streikkomitee berechtigt sein, Pestilenz und Tod zu verbreiten, damit es seine Forderungen besser durchsetzen kann? Die von ihren Tribunen getriebenen städtischen Arbeiter Berlins haben den Streik diesmal aus einer ganz anderen, weit es ihnen besonders schlecht ging — es geht ihnen, wie gesagt, besser als vielen anderen — sondern weil man nach Ablauf des sogenannten Manteltarifes, am 1. Juli, ihre Betriebe etwas ordentlicher einrichten gedenkt. Sie wollen nicht gestatten, daß durch eine wirtschaftliche Regelung der Arbeit die bankrotten städtischen Werke wieder ertragsreicher gemacht werden, und finden den gegenwärtigen Zustand sehr angenehm. Diesen Streik richtet eine unverschämte Clique gegen die Interessen der Allgemeinheit und vor allem der übrigen Arbeiterschaft. Die Unterbrechung der Transporte und die Gewalttaten der elektrischen Dunkelmänner und der Tyrannen von der Gas- und der Wasserversorgung haben nicht nur die deutsche Wirtschaft wiederum tüchtig geschädigt, sondern natürlich auch zu neuen Sprüngen der Lebensmittelpreise geführt. Man sollte meinen, daß eine Arbeiterfrau, die in der Küche und auch an anderem Orte kein Wasser hat, den notwendigen Lebensbedarf noch verteuert sieht oder sogar um ein Kind im unbesetzten Krankenhause bangt, entrüstet nach dem Beschäftigten greift. Aber wenn man sieht, daß links und rechts immer die Schuld anderswohin abgeladen wird, denkt man stetig über die physikalische Wirkung der Tatsachen und über das Erwachen der Vernunft. Immerhin dürfen die Urteilsfähigeren sich doch wohl fragen, wem dieser Streik am ärgsten trifft. Den zentral beheizten „Kapitalisten“, der sein Dienstmädchen und Gesegensheißer zum Brunnen schickt, sich ein Auto nehmen kann und, wenn es ihm paßt, zwölf Kernen auf seinen Tisch stellt, oder den Arbeiter und den kleinen Mittelstand, die keine Kohlen haben, sich ihr Wasser selber holen, zu Fuß laufen und auf ein etwas miffiges Viehmeer angewiesen sind?

Am 7. Februar brachte das gleiche Blatt einen Artikel „Bilder aus Berliner Krankenhäusern“. Da heißt es u. a.:

„Wenn Cäsar in seinem Bellum Gallicum von militärischen Notwendigkeiten spricht, die eine völlige Zerstörung von Städten und Dörfern und die Niedermordung der Männer erfordert hätten, vergißt er nie hinzuzufügen, daß die Frauen und Kinder geschont wurden. Streiks werden in der modernen Zeit und in Berlin erheblich grausamer geführt: ihre Spitze richtet sich gerade gegen Kinder, Gebrechliche und Kranke. Wir hätten gewünscht, daß uns ein Vertrauensmann der streikenden Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter auf einem Rundgang durch diejenigen Stätten begleitet hätte, an denen um das Leben kranker Säuglinge und Kinder von Ärzten und Müttern gekämpft wird. Würden sie dann ihren Streik mit derselben Kaltblütigkeit und mit demselben Mangel an sozialem Bewußtsein durchgesetzt haben? Es gibt allerdings Kenner, die diese Frage bejahen. Der Wassermangel in den großen Pflegehäusern ist so katastrophal, daß Schnee in allen zur Verfügung stehenden Behältern hereingeholt werden muß, um Wasser zu erhalten. Dieses Wasser ist naturgemäß unsauber, und die an peinlichste hygienische Vorschriften gewöhnten Ärzte und Schwestern empfinden es wie eine Sünde gegen den Geist ihres Berufes, wenn sie mit solchem Wasser umgeben müssen. Außer den großen Pflege- und Krankenhäusern für Säuglinge und Kinder gibt es, über alle Stadtteile verstreut, eine beträchtliche Anzahl kleinerer Fürsorgestellen, die etwa 30 bis 40 Kinder beherbergen. Wie wir uns selber überzeugen konnten, hielten Mütter der Säuglinge in Eimern Wasser aus der Spree, um das Leben ihrer Kleinen zu erhalten. Gegenwärtig herrscht unter Säuglingen und Kindern besonders stark die Lungenentzündung. Es war in vielen Säuglingsheimen infolge Mangels an Wasser nicht möglich, die erforderlichen Wäber und Umschläge zu verabfolgen. Der Zustand dieser vielen unschuldigen Kinder hat sich daher, wie die Ärzte uns sagten, in den letzten zwei Tagen erheblich verschlechtert, und ein Blick auf die sieberheißten Wangen der Kleinen ließ die Sorge verständlich erscheinen, ob sie noch den nächsten Morgen erleben werden. Ebenso verhängnisvoll ist der Mangel an Gas und Elektrizität. Die Brustkästen für frühgeborene Kinder werden durch Heizvorrichtungen erwärmt, die entweder mit Gas oder Elektrizität gespeist werden. Um die kleinen Wärmer nicht erstarren zu lassen, muß die Temperatur der Brustkästen mit Hilfe heißen Wassers auf die erforderliche Höhe gebracht werden. Abgesehen davon, daß diese Bemühungen nur unvollständig sein können, bedeuten sie eine ungeheure Erschwerung des Pflegebetriebes für das Personal. In einer Säuglingsfürsorge im Norden Berlins, wo also nicht die Kinder der Kapitalisten untergebracht werden, besteht Fieberhitzung. Infolge Kohlenmangels konnte hier die Temperatur in den Liegebetten nur auf 14 Grad gebracht werden; erforderlich sind für die kleinen Säuglinge 20, mindestens aber 18 Grad. Die Untererwärmung hat in diesem Heim zahlreiche neue Erkrankungen hervorgerufen. In einer der ersten Berliner Kliniken, die wir besuchten,

ließ gestern gar kein Wasser, heute nur im Keller. Das Wasser mit der Hand in alle Eckenwerke getragen werden und nicht zum Auslaugen aus. Ärzte und Schwestern können sich hier wie anderswo nicht genügend reinigen und bilden daher eine Infektionsgefahr für selber und für die anderen Patienten. Die Behandlung der stehenden Hautkrankheiten und geburtschädlichen Leishungen kann nicht mehr vorgenommen werden. Die Verwaltung dieser Kliniken muß daher gezwungen, keine Neuaufnahme von Kranken mehr zu gestatten. Die Aushebungen von Typhus- und Darmkranken können nur in Zustände noch in den nächsten Tagen dauern sollten, nicht mehr vorgenommen werden. Dadurch ist die Gefahr der Bakterienverbreitung und der ihrem Erfolge einerschreitenden Epidemien in unmittelbare Nähe gerückt. — In große Verlegenheit ist beispielsweise das städtische Krankenhaus in der Giesbener Straße geraten. Da der Kältebrenner, der Gas- und Wasserleitungen, mußte in aller Eile ein Hochdruck ausgesetzt werden, aber auch nur für wenige Tage Kohlen hat. Für etwa 30 Patienten also für eine ganze Station, sind nur drei Petroleumlampen vorhanden. Behandlungen wegen Gebärgen können nicht mehr fortgesetzt werden müssen. Die Besuche der Kranken können nicht mehr durch Abkochen desinfiziert werden. Mit Hilfe von Spiritus können die notwendige Desinfektion. Operationen werden von allen nur noch unter dem Vorbehalt gemacht, daß sie für den guten Zweck keine Garantie übernehmen können.“

Wir verweisen zu diesen Auslassungen des Berliner Blattes ebenfalls auf den bereits erwähnten Artikel in Nr. 10 „Sanitätswoche“. In der Abendausgabe des „B. T.“ vom 13. Februar beklagt Erich Dombrowski u. a., daß die streikenden Reservearmee durch die straffe gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter als Arbeitswilligeneinsatz bei Streiks nicht mehr in Betracht komme. Da die Technische Nothilfe nicht mehr ausreicht, muß Dombrowski, um der Streikhydra zu begegnen, folgenden Vorschlag

„Anders liegen die Dinge, wenn man ein technisches Hilfsmittel ins Auge faßt, das jeder mit dem vorzüglichen Lebensgefühl liegen hat, ganz gleich, welchem Lebensberuf er sich später widmet. In diesem einen Jahr mag der junge Mann sich in irgendeinem Wert: als Schlosser, Tischler, Buchbinder, je nach Neigung und Ausbildung, betätigen. Von den Behörden könnte eine Stammkarte ausgestellt werden, so daß man jederzeit über die technische Verfassung unterrichtet ist und, wenn Streikalarm gegeben wird, sie an der neuen Stelle einsetzen kann. Diese Organisation braucht nicht zusammengefaßt zu werden, um ihr jeden Teil einer Katastrophe verpflichtet zu nehmen, sondern es genügt, sie total zu reorganisieren. Diese Idee, die gesamte männliche Bevölkerung eine Stellung in der registrierten Handarbeiter zu beschaffen, findet sich ebenfalls in der literarischen Literatur, und es ist höchst reizvoll, diesen Vorschlag in eine gewisse gesunde soziale Nivellierung hinauszuführen, in der die nachzulesen. Eine solche Hilfsdienstpflicht würde jedenfalls mit dem strikto vom Joun gebrochener Streiks mit einem Male aufhören. braucht nicht erst gesagt zu werden, daß diese technische Reservearmee Kampfmittel gegen die Arbeiterschaft sein soll. Davon kann man keine Rede sein. Dem Arbeiter soll das Qualitätsrecht wie auch das Streikrecht nicht beschnitten werden. Aber die Arbeiter muß sich vor den Streikaustritten schützen, die ihr Leben bedrohen. Es müssen also Kartellen die Einführung der Technischen Nothilfe werden. Das kann am besten im Zusammenhang mit den Gerichtsverfahren geschehen, das zurzeit einer gesetzlichen Regelung liegt. Erst dann, wenn sich die Arbeiter dem Streikbündnis anschließen und wenn es sich um lebenswichtige Betriebe, wie Elektrizität, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Lebensmittel, Einbringung der Ernte usw. handelt, kann eine Einleitung der technischen Reservearmee erfolgen. Das ist praktisch schon heute mit der Technischen Nothilfe der Fall. Doch genügt sie zahlenmäßig nicht, sie künftig alle Lücken auszufüllen, dann wird es zureichenden sein, durch wilde Ausschüsse das wirtschaftliche und soziale Leben einer Großstadt oder des ganzen Staates zu bedrohen. Die deutsche Republik will wachsen. Aber immer, wenn sie, nach den Stimmen der jüngsten Vergangenheit, lebensgefährlicher zu werden kommen unterunwürdige Demagogen und verdrängen, ihr ein Ziel in den Händen zu verlegen. Tagelang müssen wir uns, durch nun von links oder von rechts, durch ein Panzerband schmeitern.“

Von der sogenannten unpolitischen Ulfsheim-Preise „B. 3. am Mittwoch“ und „Montagspost“ ähnliche trübende Berichte über die Auswirkungen des Streiks in den Krankenhäusern wie das „B. T.“ — Interessant ist aber die Stellungnahme des Herrn v. Oerlach. Dieser Mann mit der doppelten Partei der bis vor wenigen Tagen noch eingeschriebenen „deutschnationalen“ U.S.P. Politik versappte, leitariselt in seinem am 13. Februar über „Die Politik des Gurgelgriffs“. Dann wird folgende Sätze:

„Der Streik der städtischen Arbeiter war Unfuss. Damit ist gesagt, daß ihre Forderungen etwa unmöglich gewesen wären. Aber der Entsehung des Streiks war ein Sohn auf das der Gewerkschaft. Man hatte wahrhaftig Zeit zu Verhandlungen, da der

... durch ihre Vertreter gegen die Firma Klage an, und sowohl
... als auch das Oberlandesgericht in München zugunsten
... entschieden. Mit einer eingeleiteten Revision beim Reichs-
... hat die Firma ebenfalls seinen Erfolg. Der weitgehenden

dem sich in be-
den den Zeichen-
Scheinfest-
yme als Kapi-
beismindernde
verpflichtungen
Dieser Schluß
unter dem In-
ndeten (Scheinfest-
) der streitend
s hielt sich bei
enüber den In-
n Montag des
beispielhaft
ten.“

Demselben bezieht das Gericht ausdrücklich, daß alle Verträge, die in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitnehmern in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitnehmern für allgemein verbindlich erklärten Vertrag zurückzuführen sind, und hinsichtlich weiterer alle Arbeitgeber, ihren Beschäftigten in den für allgemein verbindlich erklärten Vertrag enthaltenen Bestimmungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Sachverhalt wird es nun sein, Sorge zu tragen, daß überall da, wo ein einzelner Arbeitergruppe um solche oder ähnliche Verträge, der für die quantitative Tarif Anwendung findet. — In Anwendung bezieht es ferner:

Der Arbeiter bezieht auch die Vergütung der Wirksamkeit der Bestimmung der allgemeinen Verbindlichkeit des Tarifvertrages vom 1. Juni 1919, die am 1. August 1919 beginnen sollte. Die Entscheidung des Reichsarbeitsrates erfolgte am 29. November 1919, ihre Eintragung in das Tarifregister am gleichen Tage, die Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ am 1. Dezember 1919. Die Frage, ob als Zeitpunkt des Beginns der allgemeinen Verbindlichkeit ein der Verbindlichkeitserklärung vorausgegangener Zeitpunkt bestimmt werden kann, ist bestritten. Das Oberlandesgericht hat eine allgemeine Entscheidung dieser Frage, indem es jeweils die Sachlage der Beteiligten maßgebend sein lassen will und demnach in der vorliegenden Falle, da es sich um einen nach der schon im Reichsarbeitsrat erfolgten Veröffentlichung des Antrages auf Verbindlichkeitsklärung liegenden Zeitpunkt handelt, die Bestimmung des 1. August als Zeitpunkt der allgemeinen Verbindlichkeit für wirksam erklärt und es sich für andere Fälle die Entscheidung vorbehalten will.“

Heraus entnehmen wir, daß die Beklagte den Zeitpunkt der Abgabe nicht erkennen wollte, weil sowohl die Zeitpunkte als auch die Veröffentlichung in einer viel späteren Zeit er-

mit dem beiderseitigen Stolz deiner aufgewendeten Willenskraft
 anders und oftmals wie nichtig erscheint dir nach solcher
 oder gar dreiwöchigen Vergaftheit deine Umwelt. Losgelöst
 vom täglichen Kampf mit all den Widerständen, die dir deine
 eigenen und die Dinge bereiten; losgelöst auch vom oftmals
 neuen und drückenden Arbeitsjoch, bist du nun da oben auf die
 Menschheit und niemand kann dir Schwierigkeiten machen außer
 die menschlichen Altmuster Natur, die freilich in den Bergen oftmals
 ein Verhängnis aus Hindernis türmt, um deine schwachen Kräfte zu

„Erfahrungsmal konnte ich, mich fast alljährlich viele Wochen lang in die Höhe und in die Weite wagen und mancher Gipfel wurde erklommen.“ Dann aber wurde man beschneidener. Eine zwei- bis dreiwöchige Ferienpause ließ immerhin noch einige Aufstiege alter Eramerungen durch neue Erlebnisse in der Bergwelt. Nun droht uns Norddeutschen auch noch dieser Verlust der Gegend zu weit vom Rord find.

— Aber doch — so scheint mir — bleibt die alte Liebe zu den
Berggipfeln unabänderlich! Es gibt auf den Berghütten oft genug
eine Saubargasse zwischen 50 und 60, die es mit jedem jungen
Paar aufnehmen. Freilich ist es gewiß nicht gut getan in den
Bergen, leichtfertig sein Leben aufs Spiel zu setzen. Aber die
Freiheitswege des Deutsch-österreichischen Alpenvereins sowie d

den im Kaputt
umwelt des Berg
niedriger Berg
? Erhalten
Bergwerk: die
kommist als Stütz
und zu viele

folgte. Das Gericht stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß es in diesem Falle der Entscheidung des Ministers nicht entgegenstehe, wenn er, für andere Fälle aber sich eine Entscheidung vorbehalte. Dieser Standpunkt des Gerichts kann unsere Billigung nicht finden. Sache des Gerichts ist es nicht, nachzuprüfen, ob der Minister von seinem Ermessen, den Zeitpunkt der Wirksamkeitserklärung festzusetzen, den richtigen Gebrauch gemacht hat, vielmehr kann es sich nur darauf beschränken, nachzuprüfen, ob die Bestimmung eines der Entscheidung des Ministers vorausgehenden Zeitraums überhaupt zulässig ist. Die Verortung über die Tarifverträge gibt darüber keine Auskunft. Da es sich im vorliegenden Falle um Arbeiter aus der Metallindustrie handelt, sei darauf hingewiesen, daß auch bei den städtischen und staatlichen Arbeitern und Angehörigen, bei denen ungünstigere Tarifverträge Geltung haben gegenüber solchen, im Besitz der Handelskammer für allgemein verbindlich erklärten besseren, die Verhängung des Reichsarbeitsministers vom 29. November 1919 Anwendung findet.

◆ **Reichs- und Staatsarbeiter** ◆

Neuwahlen zum Hauptbetriebsrat sowie den örtlichen und Bezirksräten im preußischen Finanzministerium und dem Ministerium des Innern. Nach einem Rundschreiben des preußischen Finanzministers vom 31. Januar 1922 sollten die Wahlen für die örtlichen, Bezirksbetriebsräte und den Hauptbetriebsrat am 11. und 12. März 1922 stattfinden. Da jedoch durch den Verfallsstreik sich dieser Termin als kurzfristig erwies, sind die Wahlen um eine Woche hinausgeschoben worden. Bereits im vorigen Jahre mußten wir bei den Wahlen, insbesondere zum Hauptbetriebsrat, die Erfahrung machen, daß in einer ganzen Reihe von Orten die Kollegen wissen mußten, wie notwendig und unerläßlich die Mitarbeit der Betriebsräte in diesen beiden Ministerien mit ihrem zum größten Teil noch recht reaktionären Bermalungen ist. In einigen Orten stimmten Verbandskollegen aus rein lokalen Gründen für die AfD-Liste, vermachte aber wiederum nicht einzusehen, wie sehr sie hierdurch ihre eigene Interessensvertretung schädigten. Ein Jahr lang praktischer Arbeit des Hauptbetriebsrats hat den Beweis erbracht, mit welchen Widerständen die Kollegen bei Wahrnehmung der berechtigten Interessen ihrer Kollegen gegen reaktionäre Bermalungen zu kämpfen hatten und noch erneut werden kämpfen müssen. Deshalb ist trotz aller Widerstände vorwärts gegangen ist, muß es erst recht ein Ansporn für unsere Kollegen sein, sich mit aller Kraft und Verschlossenheit an den Wahlen zu beteiligen, damit es auch den Bermalungen klar wird, daß die Kollegen geschlossen hinter ihren Betriebsräten stehen. Säumligkeiten und Fernbleiben von der Wahl, wie es leider im Vorjahre zu verzeichnen war, dürfen sich nie wiederholen. Genau wie im vergangenen Jahre haben wir auch diesmal wieder für die Wahl zum Hauptbetriebsrat eine eigene Liste aufgestellt, jedoch Listeneinverbund mit der AfD nachgelassen. Es muß damit zu rechnen, daß wir bei einer regeren Beteiligung wie im

einmal etwa vom Krimmler Thörl aus einen Dreitausender in Angriff nehmen könnte — wie einst im Mai . . .

Alle diese und noch einige ferner liegende Gedanken kamen uns, als wir das herrliche Buch lasen: „Alpine Welt“, das im Verlag des Alpenfreund, München erschienen ist. Selten ist uns eine solche Fülle schöner Aufsätze und mehr noch so prachtvoll-künstlerischer Photographien und Bilder in einem Werk vorgekommen. Eine wunderbare Zusammenstellung vereinigt fast die gesamt: Hochgebirgswelt unserer Erde in Wort und Bild: Von den Westalpen (Schweiz) mit ihren höchsten und schönsten Bergpartien, den gefährvollen Touren auf das „dämonische“ Matterhorn wird ein gar anschauliches Bild entrollt. Die Südtiroler Alpen mit dem Ortler-Gebiet und den deutschen Baudenkmälern in — nunmehr italienischen Tirol. Auch, man braucht ja nur an die Dolomiten zu denken und herrliche Bilder steigen auf. Von den Zentralalpen sind insbesondere die Eisriesen mit ihrem zum Teil noch nicht völlig erforschten Eishöhlen zu nennen. Die nördlichen Kalkalpen, zu denen auch der Karwendel und der Wetterstein zählt, bieten gleichfalls eine Fülle des Schönen. Dazu kommen noch interessante Aufsätze aus fremdem Bergland, wie Japan, Kaukasus, Cordillieren und den Volukten. Hierzu sind gleichfalls hervorragende schöne Holzschnitte und Photos beigegeben. Einige wissenschaftliche Aufsätze und zwischen all dem Schönen eingestreut eine treffliche Auswahl von Gedichten (davon wir heute auf Seite 1 eine Probe geben), vollenden das herrliche Werk, zu dem wir den Verlag nur beglückwünschen können. Leider dürfte es nicht vielen unserer Kollegen möglich sein, sich selbst in den Besitz des Buches zu setzen. Aber unsere sämtlichen Filialbibliotheken sollten sich alsbald mindestens ein Exemplar (für den größeren Filialen zwei bis drei) beschaffen, denn es wird bald heiß begehrt sein. Wir werden in der nächsten Nummer unseren Lesern eine Kostprobe vorlegen durch Abdruck eines Aufsatzes über „Märztage am Zugspitzplatt“.

... als die Frage der Kartendarstellung geregelt wurde, werden die als freigewerkschaftliche Organisationsmittel angesehen, die sie zur Anwendung kommen. Der § 15 unter Ziffer 4 der Verordnung wird gelöst: „Der Arbeiter ist bei der Lohnabrechnung eine Lohnabrechnung zu erhalten, die die Lohnabrechnung auch noch angeht.“

Am nächsten Tage ist die Lohnabrechnung auch noch angeht. Der Arbeiter ist bei der Lohnabrechnung eine Lohnabrechnung zu erhalten, die die Lohnabrechnung auch noch angeht. Der Arbeiter ist bei der Lohnabrechnung eine Lohnabrechnung zu erhalten, die die Lohnabrechnung auch noch angeht.

Der Arbeiter ist bei der Lohnabrechnung eine Lohnabrechnung zu erhalten, die die Lohnabrechnung auch noch angeht. Der Arbeiter ist bei der Lohnabrechnung eine Lohnabrechnung zu erhalten, die die Lohnabrechnung auch noch angeht. Der Arbeiter ist bei der Lohnabrechnung eine Lohnabrechnung zu erhalten, die die Lohnabrechnung auch noch angeht.

Der Arbeiter ist bei der Lohnabrechnung eine Lohnabrechnung zu erhalten, die die Lohnabrechnung auch noch angeht. Der Arbeiter ist bei der Lohnabrechnung eine Lohnabrechnung zu erhalten, die die Lohnabrechnung auch noch angeht. Der Arbeiter ist bei der Lohnabrechnung eine Lohnabrechnung zu erhalten, die die Lohnabrechnung auch noch angeht.

Der Arbeiter ist bei der Lohnabrechnung eine Lohnabrechnung zu erhalten, die die Lohnabrechnung auch noch angeht. Der Arbeiter ist bei der Lohnabrechnung eine Lohnabrechnung zu erhalten, die die Lohnabrechnung auch noch angeht. Der Arbeiter ist bei der Lohnabrechnung eine Lohnabrechnung zu erhalten, die die Lohnabrechnung auch noch angeht.

• Aus unserer Bewegung •

Am 14. und 21. Februar 1922 nahm die Berliner Filiale der Reichsvereinsversammlung Stellung zu der Lage nach dem 7. Februar. Der Antrag wurde ein Antrag, der die Lage nach dem 7. Februar. Der Antrag wurde ein Antrag, der die Lage nach dem 7. Februar. Der Antrag wurde ein Antrag, der die Lage nach dem 7. Februar.

bruar zu der durch den Spruch des Reichsarbeitsministeriums veränderten Lage Stellung zu nehmen, wie es im Interesse einer geordneten Weiterentwicklung des zu erwartenden Streiks notwendig war. In seinen weiteren Ausführungen bemängelte er die Haltung des Zentralverbandes der Angestellten unter Leitung des Angestellten-Schmidt, der den Ausgang der Bewegung ungünstig beeinflusst hat und vertrat den Standpunkt, daß ferner die Haltung der Spitzenorganisationen und die des ADGB, durch den am 7. Februar 1922 erlassenen Aufruf die Erfolgsmöglichkeiten des Streiks so ungünstig beeinflusst haben, daß an einen Sieg nicht mehr zu denken war. Der Magistrat nahm, nachdem er aus dem Lager der Zentralvorstände in so ausreichendem Maße unterrichtet wurde, eine so rigorose und schärfermachende Haltung ein, daß es unter diesen Umständen zweckmäßiger gewesen wäre, den Streik bereits am Montag, den 6. Februar, abzubrechen, um das zu verhindern, was in den nächstfolgenden Tagen eingetreten war, nämlich die Mahregelung eines großen Teils der in Arbeit stehenden Kollegen. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß es uns gelingen wird, alle entstandenen Schäden, im besonderen die Auflösung der Betriebsräte, zu beseitigen und die erfolgten Mahregelungen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Polenske ging ausführlich auf die Ursachen ein, die zu dieser Niederlage der städtischen Arbeiter geführt haben. Er kritisierte die Haltung des Magistrats und der Verwaltungen, die jetzt, nachdem sie glaubten, Oberwasser zu bekommen, sich in maßloser Art und Weise gegen die Betriebsräte und die ihnen mißliebigen Kollegen ausstoben. Der Erfolg wurde durch die Haltung der „Freiheit“ und des „Vorwärts“, die die Stimmung der Berliner Bevölkerung ungünstig beeinflussten, mit in Frage gestellt. Es ist aber ein Irrtum, daß der Kampf der städtischen Arbeiter der „Technischen Hilfe“ die Gelegenheit gegeben hat, zu beweisen, daß sie in der Lage wäre, die lebenswichtigen Betriebe in Funktion zu erhalten, wie dies von der Presse berichtet wird. Alle diese Berichte sind darauf eingestellt, die Berliner Bevölkerung irre zu führen. Trotzdem hatten sich die Kollegen gedacht, daß der Kampf der Arbeiter alle Sympathien in dem Kreise der Bevölkerung hervorgerufen würden. Der Streik berge die Gefahr in sich, daß der Gedanke der Kommunalisierung nicht mehr mit der Energie vertreten werden wird, wie vorher, da dadurch den Kreisen, die eine Entkommunalisierung erstreben, Wasser auf ihre Mühlen geleitet worden ist. Er vertrat den Standpunkt, daß nach dem Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums die Funktionäre keinen Streikbeschluß mehr fassen dürfen, da durch die Situation so verändert worden war, daß erst in dem Kreise der Kollegenschaft durch Urabstimmung hätte dazu Stellung genommen werden müssen. Er sieht aber die Ursachen der Vorgänge darin, daß die Zusammensetzung der Funktioneerversammlung, die er selbst auf eine möglichst breite Basis stellen wollte, ihre verantwortungsvolle Arbeit nicht mehr leisten kann und schlägt daher vor, diese Körperschaft einer Veränderung zu unterziehen, und zwar bittet er, den § 8 des Ortsstatutes in seinem Schlußsatz, wie folgt zu ändern: „Als Funktionäre der Filiale gelten die Mitglieder der Ortsvereinsversammlung, die Bezirksleiter und ihre Stellvertreter, Brandenleiter und deren Stellvertreter, die Vorsitzenden der Betriebsräte und die auf Grund des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebsobleute (soweit Mitglieder des Verbandes) und die gewerkschaftlichen Obleute der Betriebe mit mehr als 200 Mitgliedern.“

In der darauffolgenden Diskussion wandte sich Hoffmann scharf gegen die Bestrebung, nur aus Anlaß des schlechten Ausgangs der Bewegung aus der Organisation auszutreten. Er betont, daß wir uns im Augenblick nicht als geschlagen betrachten können, aber wenn jetzt als Folge, eine Desorganisation in unseren Reihen eintritt, erst der Magistrat Berlin als Sieger aus diesem Kampfe hervorgehen würde; er sieht die größte Schuld an der Niederlage in den zwischen den einzelnen Gewerkschaften vorhandenen Grenzfreistigkeiten. Nachdem noch einige Redner in scharfen Worten die Haltung der Spitzenorganisationen und des ADGB in diesem letzten Kampf geißelt hatten, wurde nach Beschlusgabe einiger Anträge, die die Einberufung einer Betriebsrätegeneralversammlung und den Beitritt zur Roten Gewerkschaftsinternationale verlangten, sowie ein solcher, der den sozialistischen Stadträten das Mißtrauen ausdrückt, und die Abbestellung der drei sozialistischen Zeitungen verlangt, die Versammlung wegen vorgerückter Zeit vertagt. — Nach Eröffnung der am 14. Februar vertagten Versammlung am 21. Februar 1922 wurde, nach Beschlusgabe einiger neu eingelaufener Anträge, in der Diskussion fortgesetzt. Schoos Straßenscheidt sieht die größten Feinde der Arbeiterschaft in den Kreisen, die sich Arbeitervertreter nennen und wünscht, daß aus diesen Vorkommnissen die Lehre gezogen wird, daß zu dem kommenden Verbandstag nur Kollegen der Opposition gewählt werden, die für eine Änderung der Statuten zu wirken haben, so daß es den Verbandsvorständen nicht mehr möglich sei, einem Streik seine Sanktionierung zu verweigern, wenn die übergroße Mehrheit der Kollegen die Bewegung für notwendig halten. Während Gehrt sich auf den Boden des eingebrachten Antrages stellt, der Funktioneerversammlung eine andere Form zu geben, da sich die Arbeitsunfähigkeit derselben herausgestellt hat, sieht Polenske einen der größten Fehler darin, daß die Funktioneerversammlung der Streikleitung alle Vollmachten gegeben habe und fordert die Unterfugung des von ihm eingebrachten Antrages, die Berliner Ortsgruppe aus dem Gesamtverband herauszulösen. Polenske tritt mit, daß es der Ver-

